

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 704

Mittwoch, 13. Mai 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala in Zeiten der Corona.....	1
COVID-19 in Guatemala: 59% der Infizierten sind zwischen 21 und 40 Jahren alt.....	3
Deportation und Krankheit: die Dilemmas mit dem COVID-19 in Zentralamerika.....	4
Die Pandemie aufbrechen.....	5
Guatemala – Militarisierung ist die Pandemie.....	5
Indigene Autoritäten aus Quiché senden eine Botschaft an Giammattei und den Kongress.....	6

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala in Zeiten der Corona

Guatemala Stadt –29. April - Der März endete mit 39 infizierten Personen; am 29.4. sind es 555, während es am 14.4., einen Monat nach Krisenbeginn, noch 180 waren. Am 9. Mai sind es 900 (s. *Nachricht unten*). Noch am 24.04. schien die Kurve anzudeuten, dass sich die Fälle alle 6-7 Tage verdoppeln könnten, was zu einer dramatischen Prognose für Anfang Juni von 25.000-30.000 Fällen führte; die letzten Tagen könnten auf eine etwas langsamere Beschleunigung hinweisen, was verschiedene Erklärungen haben kann, von Änderungen der Zwangsmassnahmen, über unzuverlässige Informationen bis hin zu den Deportationen von MigrantInnen in den Vorwochen aus den USA, die unglaublicherweise massiv (über 100 Fälle) Erkrankte einschlossen.

Guatemala hat die wenigsten Krankenhausbetten (0,6) und Ärzte (0,89) pro 1000 Einwohner mit einem der schwächsten Gesundheitssysteme des Kontinents. (...) [*Es folgen die Zahlen der Betten und der Tests, siehe ¡Fijáte! 702, d.Red.*]. Giammattei steht an der Spitze der Krisenbekämpfung und hat sie von Anfang an zur Chefsache gemacht. Ich mag mir nicht vorstellen, wie es uns mit Jimmy Morales ergangen wäre. Giammattei handelt aus dem Staat heraus und bestärkt so in Zeiten des Post-Neoliberalismus, die Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen. Sicher ohne es zu wollen, schließlich hat er perverserweise vor, 200 Mio. Q (2,34 Mio. €) aus den Notfallprogrammen statt sie in das öffentliche Gesundheitssystem zu stecken, in private Krankenversicherungen für SchülerInnen zu investieren und so die Privatisierung voranzutreiben. Der CACIF schreit ja auch ständig nach staatlicher Hilfe. Je nach Krisenverlauf eröffnet das dennoch die Chance, die Stärkung der öffentlichen Systeme wieder zum Thema zu machen. In den wirtschaftlichen Grosspaketen, die mittlerweile vom Kongress bewilligt wurden, (zurzeit 16 Mrd. Q = 1,874 Mrd. €) steckt natürlich die Handschrift des CACIF, aber auch die der Abgeordneten, die die Kontrolle über die Programme und die damit verbundenen Verträge mit der Privatwirtschaft haben wollen.

Hilfsprogramme

Die verschiedenen Hilfsprogramme sind noch nicht wirklich angelaufen, aber strukturelle Massnahmen, die sich an der sozialen Ungerechtigkeit orientieren, sind sie nicht. Viele kleine und mittlere Unternehmen, die ganz oder teilweise aufgehört haben zu operieren, stehen vor dem Aus. Ihre Angestellten haben längst ihren Job, zumindest zeitweise, verloren und niemand weiss, ob, wann und für wen es Zugang zu den Hilfen gibt. Das Programm für Lebensmittelpakete soll angelaufen sein, aber überall gibt es Beschwerden, dass nichts ankommt. Alle gehen davon aus, dass viele der Gelder wieder in den üblichen Kanälen verschwinden, auch wenn Giammattei ständig das Gegenteil beteuert.

Darüber kursiert ein Witz: Ein vermögender Mensch spendete eine erhebliche Bargeldsumme für ein Kinderheim, vergiftete aber alle Scheine. Es starben 128 Abgeordnete, 23 Beamte und 3 Richter. Nicht ein Kind verstarb.

Die Macht und Ohnmacht des CACIF

In den letzten sechs Wochen wurden unter ungeklärten Umständen im Gesundheitsministerium drei Vizeminister entlassen, angeblich zur Korruptionsbekämpfung; zwei der drei behaupten, sie seien entlassen worden, gerade weil sie sich der korrupten Vertragsvergabe widersetzt hätten. Überall werden Existenzen vernichtet, aber weder werden arbeitsrecht-

liche Regularien benutzt oder geschaffen, noch jene strukturell geschützt, die Miete oder Nebenkosten nicht mehr zahlen können. So weigerte sich Giammattei, ein Moratorium für Strom-, Wasser- und Telefonschulden zu dekretieren. Der Kongress beschloss es trotzdem, aber Giammattei legte drei Wochen später sein Veto ein. Den Unternehmen verschaffte er damit mindestens acht Wochen, in denen sie Leistungen wegen Nichtzahlung einstellen können. Dagegen wurden ihnen die Beiträge zur Sozialversicherung IGGS für drei Monate gestundet. Das IGGS ist ohnehin ein Thema, das seine eigenen „Notizen“ verdient. Erst wurde es gezwungen, auch Nichtversicherte zu behandeln, dann zur Lohnfortzahlung, als ob die Krise den individuellen Krankheitsfall eines Versicherten darstelle. Die Privatisierung des IGGS ist ein lang geträumter Traum des CACIF. Eines ist klar: die Regierung schafft es noch, sich ein aktives Image der Krisenbekämpfung zu geben, die ja zum Teil auch funktioniert, wenn es auch Widersprüche gibt: Giammattei hatte ursprünglich angekündigt, bei über 20 neuen Fällen pro Tag die Massnahmen drastisch zu verschärfen; Tatsache ist, dass er die Ausgangssperre genau da verkürzte. Auf der anderen Seite hat er bis zu einem gewissen Grad dem Druck des CACIF standgehalten, die beschlossenen Zwangsmassnahmen aufzuheben.

Hunger und Solidarität

Der Hunger greift um sich, und das nicht nur bei den ganz Armen; die Angst der Mittelschicht, sozial abzurutschen, führt sowohl zu beeindruckendem Einfallsreichtum, um Einkünfte zu generieren wie auch zu Aggressivität anderen gegenüber (s.u.), wenn die Angst zu gross wird. Zwar sollen den Familien, die von informeller Arbeit leben, 1.000 Q (= 117 €) gezahlt werden, aber weder überzeugt die Grössenordnung (der Mindestlohn liegt bei ca. 3.050 Quetzales = 356,55 €) noch die Methode für ihre Verteilung: Die Hilfe soll Familien zukommen, die eine Stromabrechnung von unter 200 KW-Stunden vorweisen können. Damit sind schon zigtausende der Familien aussen vor, die in Regionen ohne Stromanschluss leben; genauso wie die, die angesichts der allseits bekannten Skrupellosigkeit von Energieversorgern wie ENERGUATE Widerstand leisten und nur über „illegale“ Direktanschlüsse ans Netz und damit nicht über Zähler verfügen. Statt ihrer könnten die in den Genuss der Hilfe kommen, die aus kommerziellen Gründen mehrere Zähler und damit wenige KW-Stunden pro Zähler haben.

Allerdings sehen wir auch die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen. Es gibt spontane kollektive Projekte wie Armen-Küchen, kostenlose medizinische Behandlung genauso wie kontinentweit verbreiteten Hilferufe, der weissen („Ich habe nichts zu essen“) und roten („Ich bin krank“) Fahnen, die dann von den Nachbarn aufgegriffen werden. Ob diese Solidarität mit der während des Erdbebens 1976 zu vergleichen sein wird, muss man abwarten. Damals war sie Teil der Solidarisierung der Jugend mit den Opfern gegen die Militärs, die die ausländische Hilfe untereinander aufteilten.

Die Angst vor Unruhen

Zugleich hat die Regierung aber enorme Angst vor kritischer Berichterstattung, da sie weiss, dass die Situation kippen kann. Sie versucht, systematisch kritische JournalistInnen auszuschliessen, aggressive Tiraden und Wutanfälle von Giammattei auf Pressekonferenzen eingeschlossen. Und damit steht eine Grundvoraussetzung zur Krisenbekämpfung aussen vor: das Vertrauen in die Handelnden und deren Informationen. Wenn dieses Vertrauen nicht besteht, werden Ängste und Aggressionen in der Bevölkerung frei, die mal mehr oder mal weniger in willkürliche Aktionen münden: Wie überall kam es auch hierzu aggressivem Verhalten gegenüber Verdachtsfällen; in Quetzaltenango wehrten sich Gemeinden dagegen, dass von den USA deportierte MigrantInnen auf ihrem Territorium in Quarantäne kamen oder in Totonicapán dagegen, einen Todesfall im Friedhof aufzunehmen. Ganz dramatisch war der Fall eines deportierten Patienten, der sich in der Hauptstadt aus dem Krankenhaus absetzte. Behörden und Radio Sonora organisierten eine Hexenjagd, in der die Bevölkerung mit den persönlichen Daten des Patienten animiert wurde, auf Jagd zu gehen.

Und wenn dann wirklich die Menschen auf den Strassen sterben, weil das System kollabiert, kann es zu spontanen Wutausbrüchen und Rebellionen kommen, die dann keine Regierung mehr kontrolliert. Nach wie vor liegt der öffentliche Nah- und Fernverkehr still und es gilt eine Ausgangssperre, von 18 bis 4 Uhr morgens (vorher 16 bis 4 Uhr). Dazu kommen das Verbot von oder in zentrale Departments wie Guatemala, Chimaltenango oder Saquetepéquez zu reisen, wo die meisten Fälle registriert sind; sowie das Verbot für über 60-jährige, das Haus zu verlassen; es ist nicht einmal vorgesehen, dass wir (ich bin 67) zum Einkaufen rausgehen, offensichtlich weil man von dem Mythos ausgeht, dass alte Leute behütet in der Grossfamilie leben.

Militarisierung und Diskriminierung

Dazu kommen verschiedene Dörfer und Städte, die durch Militär abgeriegelt wurden, weil sie aktive Fälle haben; dazu gehören Patzún, San Agustín Acasaguastlán, San Juan Obispo. Ihre BewohnerInnen dürfen nicht rein und nicht raus, was aber wohl tatsächlich auch nach innen zu mehr Vorsicht geführt hat. Die Zahlen in diesen Gemeinden scheinen rückläufig zu sein, allerdings hat diese Abriegelung erhebliche ökonomische Auswirkungen wie in Patzún, dessen Bauern wichtige Gemüseerzeuger auch für den Export sind und jetzt keine Abnehmer mehr finden.

In der letzten Aprilwoche wurden die ersten Corona-Fälle in Baja Verapaz bekannt, was besonders besorgniserregend ist, weil dort die extreme Armut enorm ist. Wenn sich der Virus hier einmal einnistet, wird er kaum zu kontrollieren sein, zumal die Regierung wenig bis nichts getan hat, ihre Massnahmen einer Bevölkerung zu erklären, die kaum Spanisch spricht und einen besonders geringen Zugang zu den Schulen hat.

Selbst in der Hauptstadt erscheinen die ständigen Radiospots, sich laufend die Hände zu waschen, vor allem jenen Menschen als blanker Zynismus, die seit Wochen in ihren Barrios kein oder nur minutenweise Wasser haben. Fast jeden Tag kommt es deswegen zu Protesten in verschiedenen Zonen der Hauptstadt – trotz des Demonstrationsverbots während des Notstands. Das hat zwei Seiten: Die des Protestes und der Rebellion, aber auch die der extrem erhöhten Ansteckungsgefahr.

COCODE gegen Kranke

Angesichts solcher Situationen treffen die lokalen Strukturen ihre eigenen Entscheidungen, die mal mit den zentralen Anordnungen übereinstimmen, mal ihnen widersprechen. Es herrscht eine Dynamik, die ich eine (noch) kontrollierte Anarchie nennen will, die jederzeit in Chaos umschlagen kann. Nur einige von vielen Beispielen: An der Grenze zu Mexiko blockiert der Gemeinderat (COCODE) von La Mesilla die Grenze und erlaubt niemandem, der aus Mexiko kommt, die Durchreise durch ihr Territorium. Das führt dazu, dass auch GuatemalteKInnen, die nach Hause wollen, dies nicht können, obwohl die Regierung ihnen – bei Einhaltung von Quarantäne – den Zugang garantiert. An der Küste, im Touristengebiet von Monterrico, kontrolliert der COCODE die Kreisgrenze und lässt nur rein, wer ihm passt. Und da diese Gemeinden in der Regel evangelikal sind, wird dann eben neben Besuchern auch kein Alkohol mehr auf ihr Gebiet gelassen. Es sind die Gemeinden, die in Zeiten der Krise die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten zurückgewinnen, unabhängig einmal davon, ob ihre Massnahmen immer adäquat sind. Es sind die gleichen Strukturen, die Panik verbreiten, wenn ein Kranker über ihr Gemeindegebiet transportiert wird. Es gibt viele Beispiele, in denen Deportierte, die als ausreisende Migranten noch allseitige Unterstützung erhielten, nicht mehr in ihre Gemeinde gelassen oder in ihren Häusern aufgesucht werden, um sie wieder rauszuwerfen. Busse wurden in Quetzaltenango gestoppt und ganze Barrios in San Marcos isoliert.

Die Nickelmine Fénix in Estor arbeitet weiter, obwohl sie rechtlich gar nicht dürfte ...

Aber es sind auch diese Strukturen, die versuchen Bürgermeister zu kontrollieren, die zu lax mit der Situation umgehen, wie in Puerto Barrios und Estor. Angesichts von mehreren bestätigten Fällen dort blockiert ein COCODE aktuell den Zugang nach Estor, um den Bürgermeister zu drastischeren Massnahmen zu zwingen, wo anscheinend die Nickelmine Fénix weiterarbeitet und die Region durch Beschäftigte und Transporte gefährdet, obwohl das Verfassungsgericht im Juli 2019 ihre Abbaugenehmigung einstweilig suspendierte. Im Gegensatz zu ähnlichen Situationen an anderen Orten lässt hier die Regierung die COCODES nicht agieren: sie schickte 150 Elitepolizisten zur Auflösung der Blockade. (...)

PS: Der Präsident im Clinch gegen den Kongress

Nach dem Veto Giammatteis gegen das Gesetz zur Stundung der Strom-, Wasser- und Telefongebühren und nachdem er auch eine neue, für die Versorgungsunternehmen wesentlich vorteilhaftere Gesetzesinitiative an den Kongress zurückgeschickt hatte, sollte dieser gestern um 10 Uhr das Veto debattieren und darüber abstimmen. Mit 2/3 Mehrheit könnte das Veto des Präsidenten überstimmt werden. Bis 17 Uhr(!) hatte die Sitzung nicht begonnen, das Präsidium setzte auf die Ermüdung der Abgeordneten und versuchte die Sitzung zu boykottieren. Unter Führung von Winaq, Semilla und URNG protestierte eine Gruppe von ParlamentarierInnen vor den geschlossenen Sitzungsräumendes Giammattei-treuen Kongress-Präsidiums. Dieses musste schliesslich eine halbe Stunde später, gegen 18 Uhr, die Sitzung eröffnen. 128 Abgeordnete stimmten gegen das Veto, nur einer war dafür. Die 29 ParteigängerInnen von Giammattei zogen vor, nicht im Plenarsaal zu sein und stimmten gar nicht ab. Endlich einmal ein Zeichen der Unabhängigkeit des Kongresses. Eine gute Nachricht. (Miguel Mörrh, einer der Gründer von CAREA, seine Texte werden regelmässig von PBI-Deutschland und der Schweizer Guatemala-Solidarität publiziert)

COVID-19 in Guatemala: 59% der Infizierten sind zwischen 21 und 40 Jahren alt

Guatemala, 9. Mai – Der Gesundheitsminister, Hugo Monroy, gab am Freitagabend die Zahl der mit COVID-19 infizierten Personen mit 900 an. Von denen waren 773 noch aktiv. Die grösste Altersgruppe ist die zwischen 21 und 40 Jahren (529 Personen oder 59 %), gefolgt von denen zwischen 41 und 60 (198 Personen oder 22 %), zusammen insgesamt 81 % aller Infizierten. Es gibt 116 Fällen von Kindern und Jugendlichen bis 20 Jahren (116 Fälle, 13 %), 48 Fälle von Menschen zwischen 61 und 80 (5 %) und 9 Personen sind über 80 Jahre alt (1 %). Von den 900 Fällen sind 569 Männer und 331 Frauen. Die Regierung hat eine Ausgangssperre für Menschen über 65 Jahre empfohlen, da diese zur besonderen Risikogruppe zählen

In Guatemala-Stadt, Chimaltenango und Sacatepéquez gibt es die meisten Infizierten

Was die Infektionsherde angeht, so wohnen 532 der Infizierten in der Region 1, zu denen Guatemala-Stadt, Chimaltenango und Sacatepéquez, gefolgt von der Region 3, d.h. Izabal, Zacapa, Chiquimula, Jalapa und El Progreso (128 Personen). 114 Infizierte gibt es in Quetzaltenango, Totonicapán, Huehuetenango und San Marcos. In den übrigen Regionen (4 und 5, also u.a. Santa Rosa, Quiché, Sololá, Verapaces, Petén) gibt es 68 bzw. 58 Fälle. Am 13. Mai sind zwei Monaten seit dem ersten registrierten Fall vergangen und das Land nähert sich der Zahl von tausend Fällen. Der 8. Mai ist der Tag mit den meisten Neuinfizierten. Die Todesrate liegt bei 24, während 101 Personen wieder gesundet sind. (La Hora)

Deportation und Krankheit: die Dilemmas mit dem COVID-19 in Zentralamerika

28. April – Während das Coronavirus grassiert und die US-Präsidentenwahlen anstehen, gehen die Deportationen von MigrantInnen aus El Salvador, Guatemala und Honduras durch die Trump-Regierung und die mexikanische Administration weiter. Einige der Abgeschobenen tragen das Virus in sich. Die zentralamerikanischen Staaten sollten ihre nördlichen Nachbarn auffordern, stringenter Gesundheitsmassnahmen vorzunehmen.

Unterversorgte Gesundheitssysteme und Armut in Verbindung mit der lokalen Macht von kriminellen Banden und

Gangs machen zentralamerikanische Länder zu sehr verletzlichen Staaten in Zeiten von COVID-19. Die Wirkungen der nationalen Lockdowns auf die Lebensverhältnisse und Sicherheit der Bevölkerung werden stark sein. Aber es sind die Migrationsströme, egal ob diese MigrantInnen legal oder papierlos, gezwungen oder freiwillig sind, die den schwächsten Punkt bei Präventionkampagnen gegen das Virus ausmachen. Die Abschiebungen aus den USA und Mexiko drohen nun zu einer Einschleppung des Virus südwärts zu werden. Es könnte die Unzufriedenheit unter den verängstigten BewohnerInnen noch potenzieren. Zentralamerikanische Regierungen sollten die USA dazu zwingen, mit den Abschiebungen aufzuhören oder zumindest erst dann durchzuführen, wenn strenge Gesundheitschecks vorher stattgefunden haben.

Abschiebung ohne Tests

Während El Salvador, Guatemala und Honduras alle Aus- und Einreisen per Flugzeug und über Land ausgesetzt haben, haben die Abschiebungen nicht aufgehört. US-Flüge mit Guatemaltekinnen, HonduranerInnen und SalvadorianerInnen wurden in letzten Wochen durchgeführt, obwohl diejenigen in Guatemala zur Zeit auf Bitten der dortigen Regierung gestoppt wurden. Stattdessen aber fanden Abschiebungen aus Mexiko über den Landweg statt. Insgesamt wurden laut den verfügbaren Zahlen zwischen März und Mitte April mindestens 6,500 Guatemaltekinnen, 5,000 HonduranerInnen und 1,600 SalvadorianerInnen in ihre Länder zurückgebracht. Es ist eher unwahrscheinlich, ob bzw. dass Corona-Test durch US- oder mexikanische Migrationsbehörden vor diesen Abschiebungen gemacht worden sind. Obwohl der Massentest in Südkorea oder anderswo klar aufgezeigt hat, dass die meisten Träger des COVID-19 keine Symptome haben, haben die US-Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention nur jene Abgeschobenen getestet, die über Symptome klagten, meist Fieber. (Inzwischen sollen bis zu 2.000 MigrantInnen in Abschiebezentren monatlich getestet werden.)

Die guatemaltekeische Regierung hat bereits bestätigt, dass 100 Abgeschobene positiv auf den Virus getestet worden sind, ein Fünftel der bis dato registrierten Zahl der Infizierten. Aber die reale Zahl könnte höher sein, da Guatemala gerade erst begonnen hatte, die Zurückgekehrten zu testen und Aufnahmezentren für MigrantInnen erst nach dem Abschiebeflug vom 26. März mit infizierten Passagieren an Bord eingerichtet hat. Vorher hatte man die MigrantInnen gebeten, für zwei Wochen sich freiwillig in Quarantäne zu begeben. (...)

Corona-Hotspots in den Abschiebezentren in den USA

Die US-Migrations- und Zollbehörde (ICE) hat Gefangenenlager, die mehr als 32.000 illegale oder verurteilte MigrantInnen beherbergen. Sie sind zu Hotspots der COVID-19-Viren geworden, was die Sorge um die Risiken einer Ansteckung durch die Abgeschobenen verstärkt. Von den 425 getesteten, dort gefangen gehaltenen MigrantInnen waren 287 positiv. Hingegen wurden 9.000 MitarbeiterInnen der Homeland-Security entweder aufgrund eigener Infektion oder aufgrund des Kontaktes mit Infizierten von ihren Aufgaben entbunden

Die mexikanische Regierung hat sehr langsam auf die Pandemie reagiert und hat in ihren Abschiebezentren keine präventiven Massnahmen getroffen. Das sagten MitarbeiterInnen der UN und von humanitären Organisationen, mit denen Crisis Group sprach. Die schäbigen Bedingungen in den Zentren in Kombination mit der Angst vor Ansteckung hat bereits zu einigen Meutereien in US- und mexikanischen Internierungslagern geführt, wobei ein guatemaltekeischer Migrant Ende März während einer solchen Revolte in einem Lager in Tenosique, Bundesstaat Tabasco ums Leben kam. Danach haben die mexikanischen Behörden 6.000 MigrantInnen aus diesen Lagern entlassen und die Einrichtung in Tenosique gänzlich geschlossen. Ein/e MitarbeiterIn einer humanitären Organisation sagte, dass die meisten dieser entlassenen MigrantInnen in Busse Richtung Süden gesetzt wurden und vielfach in Tapachula an der Grenze zu Guatemala herausgelassen wurden – ein Engpass für MigrantInnen. Die Behörden geben ihnen keine Unterkunft und haben ihnen jeglichen Zugang zu öffentlichen Räumen, wo MigrantInnen sich üblicherweise treffen, versperrt. Es wird berichtet, dass mexikanische Verwaltungen MigrantInnen in einigen Fällen angestiftet haben, illegal die Grenze zu passieren, z.T. mit Hilfe von kriminellen Menschenhändlern. Inzwischen haben MitarbeiterInnen von Unterkünften, die von NROn betrieben werden, der Crisis Group berichtet, dass wegen der Pandemie deren Hilfen zurückgefahren wurden und dass sie nicht mehr in der Lage sind, mehr MigrantInnen aufzunehmen.

Guatemalas Präsident, Alejandro Giammattei, hat eingeräumt, dass neben den abgeschobenen und (noch) internierten MigrantInnen, grosse Zahlen von ZentralamerikanerInnen aus den USA und Mexiko über Land zurück in ihre Heimatländer strömen. Dabei nutzen sie illegale Wege. MitarbeiterInnen der UN, die Crisis Group befragte, haben nur in den vergangenen zwei Wochen mindestens 700 ZentralamerikanerInnen ausgemacht, die über verschiedene unbewachte, grüne Grenzen zu Guatemala in ihre Heimatländer zurückzukehren versuchten. (...)

Seit dem Ausbruch des COVID-19-Virus hat die Trump-Administration ihre Anstrengungen verdoppelt, potenzielle MigrantInnen von ihren Grenzen fernzuhalten. Am 21. März hat Trump der Homeland Security erlaubt, illegale MigrantInnen, die an der Grenze aufgefunden werden, sofort zurückzuweisen. Daraufhin sind in wenigen Wochen etwa 10.000 MigrantInnen nach Mexiko zurückgeschickt worden. Am 22. April ging Trump noch einen Schritt weiter und unterschrieb ein präsidiales Dekret, dass die Immigration von Green-Card-BesitzerInnen für 60 Tage aussetzte (*die Green Card ist ein legaler Immigrationsweg, d.Red.*).

Die strengen Massnahmen, die die Regierungen in Guatemala, Honduras und El Salvador zur Eindämmung der Pandemie einführten, darunter das Einreiseverbot an der Grenze, Ausgangssperren und Restriktionen in der Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes, haben alle Versuche, nach Norden zu reisen, verkompliziert. Die Massnahmen haben “nur die Höhe der Bestechungsgelder für BeamtenInnen steigen lassen, die diese von jenen erwarten, die es sich leisten können”, sagte ein/e MitarbeiterIn einer humanitären Organisation in einer Unterkunft im Süden Mexikos. “Und sie haben jene, die sich das nicht leisten können, auf noch gefährlichere und abgelegene Wege getrieben, wo das Risiko erpresst oder entführt zu werden, noch grösser ist”. (...) (*International Crisis Group*)

Die Pandemie aufbrechen

Guatemala, 9. April – Ein Virus hat das wirtschaftliche, soziale und spirituelle hegemoniale System herausgefordert. Die Pandemie von COVID-19 hat es geschafft, den Alltag in weiten Teilen der Welt einzufrieren, aber zugleich hat es die vorhandenen sozialen Ungleichheiten und die Trends zu einer Konzentration des Reichtums umso klarer aufgezeigt. Die Grosskonzerne pressen ihre Gewinne aus der Gesundheit der Menschen, die Regierung fährt fort, die Institutionen auszunehmen, während die Medien die Angst und die Apokalypse schüren. Die Unterdrückungssysteme möchten, dass wir die Weiterführung ihres Systems mit unserem Leben bezahlen.

Mit diesem Programm (Hackeo Cultural) wollen wir diese dominanten Narrative, die auf unserem Schirm erscheinen, systematisch aufzeigen. Wir sehen, wie sie auch in Zeiten der Pandemie wiederholt werden. Dagegen stellen wir die Antikörper, die Reflexionen, Diskussionen und Träume, die uns in den letzten Wochen bewegten. Wir hoffen, dass wir zu einer kollektiven Reflexion beitragen können: Was braucht diese Zeit gerade von uns? Als SchriftstellerInnen, ErzählerInnen, KünstlerInnen, Medienschaffende, RadiomacherInnen, JournalistInnen, Kulturschaffenden stehen wir in dieser Krise, die wir vor uns haben, in der Verantwortung, radikal für das Gemeinwohl zu sein, Erzählungen zu schaffen, die die Mauern aufbrechen und die Visionen für mögliche Zukünfte öffnen. Geschichten formen die Welt. Wir glauben, dass das Weben an neuen Erzählungen uns helfen kann, einen neuen Sinn für Gemeinschaft zu schaffen, der in Krisenzeiten aufkommt, wo die Logiken des Alltags hinterfragt werden, aber auch das, was eigentlich unsere eigene Existenz ausmacht. Das Ziel dieser Reflexionen ist es, diese mit jenen zu teilen, die sie für ihre Arbeit als ErzählerInnen nützlich erachten, sie sollen nicht die Wahrheiten aufzeigen oder andere indoktrinieren. Sie sind für jene, dem sie dienlich sind, und fragen jene, die keinen Widerhall haben. Wir arbeiten nicht mit Quellenangaben, aber du findest manches sicher über die Suchmaschinen. Keine der Ideen sind allein auf unserem Mist gewachsen, sie können frei geteilt werden, Copy & Paste sie, missverstehe sie, setze sie neu zusammen oder schlage Änderungen oder Zusätze vor.

***Hackeo Cultural:** Radikal für das Gemeinwohl sein. Open-Source-Gegenerzählungen. Das Leben und die Territorien verteidigen; die Systeme der Unterdrückung und der Dummheit zugleich aufbrechen Es lebe die freie Kultur (...).
(veröffentlicht durch [ning1no](#), den Link dazu hat Andrea Ixchiu (s.u.) weitergeleitet, vermutlich ist sie auch die Autorin)

Guatemala – Militarisierung ist die Pandemie

Es folgen einige Teile aus einer Präsentation von Andrea Ixchiu, einer feministischen und antimilitaristischen Quiché-Aktivistin aus Totonicapán, während des Webinars „Militarisierung in Lateinamerika“ der War Resisters International und des Netzwerks der KriegsdienstverweigererInnen in Lateinamerika und Karibik (RAMLC) am 2. Mai 2020. Damit wird eine Stimme der außerparlamentarischen Opposition sichtbar.

Die guatemaltekeische Regierung hat die Corona-Krise genutzt, um restriktive und bestrafende Massnahmen gegen die Bevölkerung einzuführen, etwa Ausgangssperren, Verhaftungen, Militärs auf den Strassen, Online- und Offline-Überwachung. In der Logik von „Das geschieht alles nur zu Eurem Besten“ steht die Möglichkeit des Ausnahmezustandes ständig im Raum. Das Narrativ dazu ist „Wir beschützen Euch vor Euch selbst“. Die Regierung fordert, dass wir die Strassen räumen sollen und fordern Gehorsam und versprechen im Gegenzug unsere Rettung.

Medien im Kriegsdiskurs

"Der gemeinsame Feind ist der Virus," sagen unisono der Präsident, das Militär, die MedizinerInnen, die PolitikexpertInnen und internationale Organisationen. Und sie erklären einen offenen Krieg gegen COVID-19. Das Narrativ holt die Idee des „Kriegers“ und des „die Erde sich untertan machen“ wieder hervor, ein menschenzentriertes Weltbild, das uns vom Gewebe des vernetzten Lebens trennt. Der kriegerische Diskurs verbirgt die Wurzeln unserer Probleme, greift gewisse Symptome an, aber nicht die wirklichen Ursachen, die mit dem Modell eines neoliberalen Kapitalismus zu tun haben, der ständig die Grenzen der Ausbeutung der Erde verschiebt und dadurch den Austausch mit wilden Tieren, die aus den zerstörten Ökosystemen kommen, fördert. Der unsichtbare Feind ist eine Metapher, die nationale und totalitaristische Diskurse stärkt. Das Schliessen der Grenzen stärkt die Kriegsökonomie, wo Milliarden an Geldmitteln hervorgeholt werden, um „den Konsequenzen der Pandemie gegenüberzutreten“.

Die Logik der Enteignung

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages 1996 kamen 1997 die ausländischen Bergbaukonzerne und nahmen sich immer aggressiver das Land der Gemeinden, die dort wohnten, wo die Bodenschätze lagerten. Sie negierten – mit Hilfe lokaler Regierungen – die Rechte dieser Gemeinden. Auf diese Konflikte reagierte der Staat mit Repression. Zwischen 2012 und 2020 sind 3.684 Fälle von Kriminalisierung von AktivistInnen bekannt geworden. Allein 2019 wurden 39 MenschenrechtsverteidigerInnen ermordet. Andere werden unter fragwürdigen Anschuldigungen verhaftet. Beispiele für die Kriminalisierung sind: Prudencio Ramirez Pablo aus der Gemeinde von RückkehrerInnen, Pueblo Nuevo, Ixcán, Quiché, Mitglied der COCODES. [Laut einem Bericht von Prensa Libre wurde er am 24. Februar 2020 wegen Hausfriedensbruch und illegaler Freiheitsberaubung nach Unruhen aufgrund eines von ihm verhängten Verkaufsverbots für Alkohol verhaftet, d.Red.]. Ein anderer, [offensichtlicher politischerer, d.Red.] Fall ist der Aktivist Abelino Chub Caal aus Livingston, der seit Februar 2017 als politischer Gefangener in Haft sitzt (s. **¡Fijáte!** 680).

Jene Gemeinden, die sich für ihre Landrechte und territorialen Rechte einsetzen, werden als Feinde des Staates behandelt. Um sie zu bekämpfen, wurden verschiedene Formen des Ausnahmezustandes eingesetzt. Medien bezeichnen sie als TerroristInnen oder als GegnerInnen des wirtschaftlichen Fortschritts. Sicherheitskräfte sind permanent in Konfliktgebieten anwesend, um die Straffreiheit der Bergbauunternehmen abzusichern. Zugleich aber haben die Unternehmen eigene private Sicherheitsdienste, die oft von ex-Militärs und mutmasslichen Kriegsverbrechern geleitet werden. In den Territorien, wo die Militarisierung schon lange anhält, rechtfertigt die Regierung über die Pandemie die Verlegung zusätzlicher Truppen in jene Gemeinde mit langwährenden Landkonflikten, Gemeinden, die von Grossprojekten, Natursausbeutung und Privatisierungen heimgesucht werden. In anderen Ländern fördert die Militarisierung die politisch-ökonomische Macht der Militärinstitutionen. Und die Geschichte hat gezeigt, dass Armeen nicht dazu da sind, ihre Bevölkerung zu schützen. Sie stehen stattdessen für ein Unterdrückungssystem. Der Militarismus, das Patriarchat, der Kolonialismus, der herrschende Kapitalismus und der Rassismus töten täglich mehr Menschen als COVID-19. Natürlich negieren wir nicht die Pandemie. Aber die Antwort, die die Regierungen und das Kapital auf sie gibt, weitet die bestehenden Ungleichheiten und macht Ärmsten der Armen noch verletzlicher.

- Ungleichheit ist die Pandemie – Brecht mit den Unterdrückungssystemen!
- Das Land der Gemeinden ist, wo der Konflikt ist, die wird abgetrennt von den alltäglichen Nachrichten.
- Wir wollen nicht zurück zu dem, wie es vorher war – brecht mit dem Status Quo!
- Sorgt für Alternativen!
- Solidarität ist die Gesundheit der Menschen – sorgt für ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Leben.
- Das Leben ist wichtiger als Geld – brecht die Logik des Kapitals.
- Lebt, ohne die Umgebung zu zerstören – brecht mit der Konsumlogik!
- Der Notfall ist nicht vorbei – kümmert Euch um die Klimakrise!
- Seid das Herz des Himmels und der Erde – brecht den Anthropozentrismus!
- Keine Zukünfte auf der Basis des Bestehenden, des Alten – verhindert das Ende der Welt!

Indigene Autoritäten aus Quiché senden eine Botschaft an Giammattei und den Kongress

Quiché, 8. Mai – Die indigenen BürgermeisterInnen der Region Ixil im Departement Quiché haben sich in einer Pressemitteilung zu den Massnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie geäussert. Sie kritisieren, dass die Mehrheit dieser Entscheidungen vor allem den UnternehmerInnen nützen, aber kaum der Bevölkerung insgesamt. In ihrer Botschaft hinterfragen die indigenen Autoritäten aus Quiché vor allem das Veto des Präsidenten gegen das vom Kongress verabschiedeten Dekretes 15-2020 (*Garantie der Weiterführung der Strom- und Wasserversorgung, auch bei einer Nicht-Zahlung, d.Red.*), die fehlenden Transportmöglichkeiten für ArbeiterInnen in den Unternehmen, deren Produktion aufrechterhalten wird, sowie die fehlenden Schutzmassnahmen für Hilfskräfte, ÄrztInnen und MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens. “Die Programme, die die Regierung auflegt, um die Folgen der Pandemie anzugehen, erreichen nicht die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen und werden durch die lokalen Verwaltungen manipuliert”, heisst es in der Erklärung. Die BürgermeisterInnen betonen, dass der Virus den Tod bringen kann, aber auch Hunger, chronische Unterernährung und Armut. (Nómada)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6